



Frau Bundeskanzlerin

# Ergebnisse aus der Meinungsforschung

Wochenbericht KW 30  
24.07.2015

<i>forsa</i>	<i>Emnid</i>	<i>GMS</i>	<i>FG Wahlen</i>	<i>infratest dimap</i>
--------------	--------------	------------	------------------	------------------------

---

Wähleranteile:	Union zwischen 43 % und 41 %, SPD bei 25 % bzw. 24 %
----------------	--

---

Wirtschaft:	Bei derzeitiger Wirtschaftsentwicklung überwiegen optimistische Erwartungen; langfristige Wirtschaftserwartungen leicht verbessert
-------------	--

---

Allgemeine Lebenslage:	Hohe Zufriedenheit mit der Lebensqualität in Deutschland
------------------------	--

---

Themen Bundesregierung:	Griechenland-/Euro-Krise, Flüchtlingspolitik
-------------------------	--

---

Wichtigstes Thema:	Krise in Griechenland, Staatsverschuldung in Euro-Ländern
--------------------	---

---

Anlagen:	Grafik "Themen-Monitor" Zeitreihen
----------	---------------------------------------

---

## Wähleranteile

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/stern	<b>Emnid<sup>1</sup></b> für BamS	<b>GMS<sup>2</sup></b>	<b>FG Wahlen<sup>3</sup></b> für ZDF
CDU/CSU	41 (-1)	43 (-)	42 (-)	41 (-)
SPD	24 (+1)	24 (-1)	24 (-)	25 (-1)
FDP	5 (+1)	4 (-)	5 (-)	4 (-)
DIE LINKE	10 (-)	10 (+1)	9 (-)	9 (-)
B'90/Grüne	10 (-1)	10 (-1)	10 (-)	11 (-)
AfD	4 (-)	3 (-1)	4 (-)	4 (-)
Sonstige	6 (-)	6 (+2)	6 (-)	6 (+1)
Erhebungszeitraum	13.-17.07.	16.-22.07.	16.-22.07.	21.-23.07.

Die Union liegt bei Emnid 19 (+1), bei GMS 18 (-), bei forsa 17 (-2) und bei FG Wahlen 16 (+1) Prozentpunkte vor der SPD.

## Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/stern
Merkel	57 (+1)
Gabriel	13 (-1)
Erhebungszeitraum	13.-17.07.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 44 (+2) Prozentpunkte vor Sigmar Gabriel.

93 % (-) der CDU/CSU-Anhänger präferieren Merkel und 2 % (-1) Gabriel. Von den SPD-Anhängern würden sich 40 % (-2) für Gabriel und 37 % (+3) für Merkel entscheiden.

<sup>1</sup> Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (26.07.2015)

<sup>2</sup> im Vergleich zur KW 26

<sup>3</sup> im Vergleich zur KW 27

## Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
CDU/CSU	35	(+3)
SPD	10	(+1)
sonstige Parteien	7	(-1)
keine Partei	48	(-3)
Erhebungszeitraum	13.-17.07.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 25 (+2) Prozentpunkte vor der SPD.

48 % (-3) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

71 % (-1) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 35 % (+5) von ihrer Partei.

## Derzeitige wirtschaftliche Entwicklung

Angaben in Prozent

	FG Wahlen für ZDF	
eher aufwärts	28	(+2)
eher abwärts	18	(-2)
nicht so viel anders	53	(+1)
Erhebungszeitraum	21.-23.07.	

Die Einschätzung der derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung hat sich im Vergleich zur KW 27 leicht verbessert.

Anhänger der SPD (36 %), der Union und der Grünen (jew. 33 %) sehen überdurchschnittlich häufig einen Aufwärtstrend.

## Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
besser	19	(+2)
schlechter	35	(-1)
unverändert	44	(+1)
Erhebungszeitraum	13.-17.07.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche leicht verbessert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 16 (-3) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.

## Entwicklung im Land

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 27

Die Dinge entwickeln sich ...	forsa für BPA
eher in die richtige Richtung	45 (+1)
eher in die falsche Richtung	45 (-3)
Erhebungszeitraum	13.-17.07.

Unter 30-Jährige (52 %), Personen mit hoher formaler Bildung (50 %) sowie Anhänger der Union (63 %) und der FDP (62 %) meinen mehrheitlich, dass die Entwicklung im Land in die richtige Richtung geht.

Ostdeutsche (57 %), 45-59-Jährige und Geringverdiener (jeweils 52 %) sowie Anhänger der AfD (86 %) und der Linkspartei (74 %) sind überdurchschnittlich oft pessimistisch.

## Zufriedenheit in Lebens- und Problembereichen

forsa für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 27

Wie zufrieden sind Sie ...?	(sehr) zufrieden	weniger bzw. gar nicht zufrieden
mit der Lebensqualität in Deutschland	86 (-)	13 (-1)
mit der Lage am Arbeitsmarkt	65 (+4)	31 (-3)
mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität	53 (+1)	45 (-2)
mit dem Schul- und Bildungssystem in Deutschland	43 (+1)	53 (-2)
mit der Sicherung der Altersversorgung in Deutschland	38 (+3)	58 (-4)
mit dem Ausmaß sozialer Gerechtigkeit	36 (+2)	62 (-2)
mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte	32 (+3)	62 (-2)
mit der Integration von Zuwanderern und Ausländern	30 (-)	66 (-)
mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern	26 (-1)	68 (-1)
Erhebungszeitraum	13.-17.07.	

Jeweils mehr als die Hälfte der Bundesbürger in Deutschland zeigt sich mit der Lebensqualität (86 %), der Lage am Arbeitsmarkt (65 %) und dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität (53 %) (sehr) zufrieden. In sechs von neun Bereichen ist die Bevölkerung hingegen mehrheitlich weniger oder gar nicht zufrieden.

Mit der Lebensqualität in Deutschland sind Personen mit hoher formaler Bildung häufiger (sehr) zufrieden als Personen mit einfacher formaler Bildung (92 % zu 77 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (91 % zu 76 %).

Männer sind mit der Lage am Arbeitsmarkt häufiger (sehr) zufrieden als Frauen (70 % zu 59 %), unter 45-Jährige häufiger als über 60-Jährige (72 % zu 58 %), Personen mit hoher formaler Bildung eher als Personen mit einfacher formaler Bildung (69 % zu 56 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (74 % zu 52 %).

Mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität zeigen sich überdurchschnittlich oft Gutverdiener (65 %) zufrieden. Unter 30-Jährige sind häufiger (sehr) zufrieden als über 60-Jährige (74 % zu 37 %) und Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (66 % zu 33 %). Ostdeutsche (52 %) sind überdurchschnittlich oft weniger bzw. gar nicht zufrieden.

Bezogen auf den Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern sind Personen mit hoher formaler Bildung (73 %) überdurchschnittlich oft unzufrieden.

## Wahrnehmung von Themen der Bundesregierung

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 27

	forsa für BPA
Griechenland-/Euro-Krise	42 (+11)
Flüchtlinge/Flüchtlingspolitik	10 (-3)
Ausländer/Integration	7 (-)
Pkw-Maut	4 (-10)
Affäre um NSA/BND	2 (-)
Energiepolitik/Energiewende	2 (-2)
Steuerpolitik/-entlastung	2 (+1)
Bildungs- und Schulpolitik	2 (-)
Erhebungszeitraum	13.-17.07.

Die Griechenland- bzw. Euro-Krise und die Flüchtlingspolitik sind die Themen, die die Deutschen in den vergangenen Wochen von der Bundesregierung am ehesten wahrgenommen haben.

Die Griechenland- bzw. Euro-Krise wird überdurchschnittlich häufig von Anhängern der AfD (65 %), der FDP (63 %) und der Grünen (47 %) genannt. Personen mit hoher formaler Bildung nennen das Thema häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (47 % zu 37 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (48 % zu 32 %).

Die Flüchtlingspolitik wird besonders häufig von Anhängern der FDP und der AfD (jew. 18 %) genannt.

## Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Krise in Griechenland, Staatsverschuldung in Euro-Ländern	69 (-13)
Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik	24 (+15)
Ausländer in Deutschland, Zuwanderung, Integration	13 (+8)
Familienpolitik, Kinderbetreuung, Betreuungsgeld	8 (+7)
Erhebungszeitraum	21.-22.07.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit der Krise in Griechenland bzw. der Staatsverschuldung in den Euro-Ländern.

Überdurchschnittlich häufig sehen Anhänger der Grünen (78 %) und der Union (76 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche. Über 60-Jährige nennen das Thema häufiger als unter 30-Jährige (74 % zu 58 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (78 % zu 57 %). Ostdeutsche (63 %), Personen mit einfacher formaler Bildung und Anhänger der Linkspartei (jew. 64 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft mit der Krise in Griechenland bzw. der Staatsverschuldung in den Euro-Ländern.

Anhänger der Grünen (32 %) und der Linkspartei (30 %) thematisieren die Flüchtlingsströme bzw. die europäische Einwanderungspolitik besonders häufig.

Ostdeutsche (19 %) und Geringverdiener (18 %) beschäftigen sich überdurchschnittlich oft mit der Zuwanderung von Ausländern nach Deutschland.



















